

L10**Abt. 12 Nord-Wedding****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen:****Landespräventionsgesetz verwirklichen**

1 Die Vertreter:innen der SPD im Senat und
 2 im Abgeordnetenhaus werden aufgefordert,
 3 sich für eine zeitnahe Verabschiedung des an-
 4 gekündigten Landespräventionsgesetzes ein-
 5 zusetzen.

6 Das Landespräventionsgesetz soll insbeson-
 7 dere folgende Punkte beinhalten:

- 8
- 9 • Die gemeinsame Präventionsarbeit ge-
 10 gen häusliche Gewalt, Gewalt auf Stra-
 11 ßen, Plätzen, in Parks, öffentlichen Nah-
 12 verkehr sowie gegen Gewalt im Inter-
 13 net ist sicherzustellen.
 - 14 • Die Angebote zur Suchtprävention, ins-
 15 besondere Beratungs- und Selbsthilfe-
 16 angebote, Substitution und aufsuchen-
 17 de Sozialarbeit, sind auszubauen und
 18 zu stärken.
 - 19 • Öffentliche Räume sollen entlastet
 20 werden, indem Drogenkonsumräume
 21 und Spritzenprogramme ausgebaut so-
 22 wie sichere Spritzenabwurfstellen und
 23 geschützte Orte für die Trinkerszene
 24 geschaffen werden.
 - 25 • Bezirkspräventionsräte und das Landes-
 26 konzept „Berlin gegen Gewalt“ sind mit
 27 ausreichenden finanziellen und perso-
 28 nellen Mitteln auszustatten. Kiezori-
 29 entierte Maßnahmen zur gewaltfrei-
 30 en Konfliktlösung und Stärkung des Si-
 31 cherheitsempfindens vor Ort sind zu
 32 fördern.
 - 33 • Bei Neu- und Umgestaltung öf-
 34 fentlicher Plätze, Grünanlagen und
 35 Bahnhofseingängen sind dunkle Ecken
 36 und Angsträume zu vermeiden oder
 37 zu beseitigen; städtebauliche Kri-
 38 minalprävention und feministische
 39 Stadtplanung sind von Anfang an zu
 40 berücksichtigen.

Empfehlung der Antragskommission**Annahme (Konsens)**

Die Vertreter:innen der SPD im Senat und
 im Abgeordnetenhaus werden aufgefordert,
 sich für eine zeitnahe Verabschiedung des an-
 gekündigten Landespräventionsgesetzes ein-
 zusetzen.

Das Landespräventionsgesetz soll insbeson-
 dere folgende Punkte beinhalten:

- Die gemeinsame Präventionsarbeit ge-
 gen häusliche Gewalt, Gewalt auf Stra-
 ßen, Plätzen, in Parks, öffentlichen Nah-
 verkehr sowie gegen Gewalt im Inter-
 net ist sicherzustellen.
- Die Angebote zur Suchtprävention, ins-
 besondere Beratungs- und Selbsthilfe-
 angebote, Substitution und aufsuchen-
 de Sozialarbeit, sind auszubauen und
 zu stärken.
- Öffentliche Räume sollen entlastet
 werden, indem Drogenkonsumräume
 und Spritzenprogramme ausgebaut so-
 wie sichere Spritzenabwurfstellen und
 geschützte Orte für die Trinkerszene
 geschaffen werden.
- Bezirkspräventionsräte und das Landes-
 konzept „Berlin gegen Gewalt“ sind mit
 ausreichenden finanziellen und perso-
 nellen Mitteln auszustatten. Kiezori-
 entierte Maßnahmen zur gewaltfrei-
 en Konfliktlösung und Stärkung des Si-
 cherheitsempfindens vor Ort sind zu
 fördern.
- Bei Neu- und Umgestaltung öf-
 fentlicher Plätze, Grünanlagen und
 Bahnhofseingängen sind dunkle Ecken
 und Angsträume zu vermeiden oder
 zu beseitigen; städtebauliche Kri-
 minalprävention und feministische
 Stadtplanung sind von Anfang an zu
 berücksichtigen.
- Die Bekämpfung der Jugendkriminali-

- 41 • Die Bekämpfung der Jugendkriminali-
42 tät bleibt Schwerpunkt; Präventions-
43 programme sind fortzusetzen und aus-
44 zubauen, zusätzliche Freizeit- und Fort-
45 bildungsangebote für Jugendliche zu
46 schaffen.
- 47 • Der Schutz und die Teilhabe der Men-
48 schen in ihrer Vielfalt sind besonders zu
49 fördern. Die Unterstützung von Betrof-
50 fenen und Opfern gruppenbezogener
51 Hassgewalt und extremistischer Ge-
52 walt, insbesondere im digitalen Raum,
53 ist zu verstärken.
- 54 • Präventionsangebote müssen für alle
55 verständlich und zugänglich sein, etwa
56 durch Dolmetscher:innen und Materia-
57 lien in einfacher Sprache.

58

59 **Begründung**

60 Prävention ist sozialdemokratische Gesell-
61 schaftspolitik und trägt maßgeblich zur Si-
62 cherheit und Lebensqualität in Berlin bei. Die
63 Vielschichtigkeit von Gewalt-, Sucht- und Dis-
64 kriminierungslagen erfordert einen systemi-
65 schen, ressortübergreifenden Ansatz, der un-
66 terschiedlichste Lebensrealitäten einbezieht.
67 Ein Landespräventionsgesetz ermöglicht es,
68 vorhandene Strukturen zu stärken und neue
69 Angebote gezielt zu schaffen, mit besonderem
70 Fokus auf gefährdete Zielgruppen und auf die
71 Sicherheit öffentlicher Räume.

72 Präventionsarbeit ist eine gesamtgesell-
73 schaftliche Querschnittsaufgabe, die sowohl
74 die Hilfesysteme als auch die urbane Infra-
75 struktur adressiert. Um Berlins Vielfalt und
76 die Teilhabe aller Bürger:innen zu sichern,
77 müssen Angebote barrierearm und auch für
78 marginalisierte Gruppen verständlich und
79 erreichbar sein. Eine wirksame Präventions-
80 politik ist Ausdruck sozialer Verantwortung
81 und unterstützt den gesellschaftlichen
82 Frieden in unserer wachsenden, diversen
83 Stadt.

tät bleibt Schwerpunkt; Präventions-
programme sind fortzusetzen und aus-
zubauen, zusätzliche Freizeit- und Fort-
bildungsangebote für Jugendliche zu
schaffen.

- Der Schutz und die Teilhabe der Men-
schen in ihrer Vielfalt sind besonders zu
fördern. Die Unterstützung von Betrof-
fenen und Opfern gruppenbezogener
Hassgewalt und extremistischer Ge-
walt, insbesondere im digitalen Raum,
ist zu verstärken.
- Präventionsangebote müssen für alle
verständlich und zugänglich sein, etwa
durch Dolmetscher:innen und Materia-
lien in einfacher Sprache.